



PRESSEMITTEILUNG 29.01.2016

### **Rente auf Kosten des Klimas?**

#### **Land Berlin prüft klimaschädliche Wirkung seiner Versorgungsrücklagen**

BERLIN --- Als erstes Bundesland stellt Berlin seine Versorgungsrücklagen in Höhe von 666 Mio. Euro auf den Prüfstand. Auf der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses am 28.01.2016 begrüßte eine klare Mehrheit der Redner einen entsprechenden Antrag [1] der Grünen und Linken. Fachausschüsse haben nun den Auftrag, klimafreundliche Alternativen zu erarbeiten, die eine finanzielle Beteiligung an klimaschädlichen Unternehmen wie RWE, Total und BASF ausschließen. Im nächsten Schritt sollen neue Anlagerichtlinien dafür sorgen, dass Berlin in Zukunft keine fossilen Energieprojekte mehr finanziert, weil sie mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen als Treiber des globalen Klimawandels gelten.

„Berlin war lange blind für die Klimaschäden, die Finanzpolitik anrichten kann“, kommentiert Christoph Meyer von der Bürgerbewegung Fossil Free Berlin. „Von den Abgeordneten in den Ausschüssen erwarten wir nun, dass sie dem Parlament noch im Frühjahr Lösungen vorschlagen. Eine Verzögerung als Wahlkampfaktik lassen wir nicht gelten.“

Tine Langkamp von der international aktiven Klimaschutzorganisation 350.org sagt: „Weltweit haben sich schon über 500 Institutionen von ihren klimaschädlichen Investitionen getrennt, darunter 58 Städte wie Oslo, Seattle und Münster. Um den Anschluß an die Liga klimafreundlicher Städte nicht zu verlieren, muß Berlin den Weg zum Divestment konsequent zuende gehen.“

Vorbereitet wurde der Klimakonsens durch die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“. Die Kommissionsmitglieder von SPD, CDU, Grüne, Linke und Piraten riefen mit ihrem Abschlussbericht im November 2015 das Land Berlin erstmals zu Divestment, also dem Abzug öffentlicher Gelder aus Kohle, Öl und Gas, auf [4]. Betroffen sind laut einer parlamentarischen Anfrage aus dem Januar 2015 „fossile“ Aktienfondsanteile in Höhe von rund 10 Mio. Euro.

Als erste Stadt in Deutschland hat Münster Divestment beschlossen und kündigte an, alle klimaschädlichen Beteiligungen innerhalb von sechs Monaten bis spätestens April 2016 zu beenden. Auch die evangelische Landeskirche Hessen-Nassau, die mit ihrer Verantwortung für Klimagerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung und Renditerisiken argumentiert, stieg Ende 2015 aus. Finanzielle Gründe finden der Versicherungskonzern Allianz und das Presseversorgungswerk, die sich beide bei ihrer Divestment-Entscheidung auf die sinkenden Börsenwerte fossiler Energiekonzerne und die Risiken durch die sogenannte Kohlenstoffblase beziehen. All diese Argumente gelten auch für die Berliner Finanzpolitik.

*\* Ende der Pressemitteilung \**

### **ÜBER FOSSIL FREE BERLIN:**

Fossil Free ist eine internationale Bürgerbewegung, die von der Klimaschutzorganisation [350.org](http://350.org) und Bill McKibben, Träger des Alternativen Nobelpreises 2014, initiiert wurde. Weltweit sind über 500 Divestment-Initiativen von Fossil Free bekannt, allein in Deutschland sind es 23. Erfahrene Campaigner und Ehrenamtliche starteten die Kampagnenarbeit 2014 auch in Berlin.

### **ÜBER 350.ORG:**

350 baut eine globale basisdemokratische Klimabewegung auf, die unsere PolitikerInnen anhand wissenschaftlicher Fakten und Grundsätze der Gerechtigkeit zur Verantwortung ziehen kann. Unsere Online-Kampagnen, Basisorganisationen und öffentlichen Großaktionen verbinden ein globales Netzwerk, das in mehr als 188 Ländern aktiv ist. Die Zahl 350 steht für Klimasicherheit: Wir müssen die heutige CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre von über 400 ppm auf unter 350 ppm reduzieren.

### **ÜBER DIVESTMENT:**

Divestment ist das Gegenteil einer Investition: alle finanziellen Beteiligungen an Kohle-, Öl- und Gasprojekten sollen beendet werden, um den Umbau der Energiewirtschaft mit erneuerbaren Energien zu beschleunigen und CO<sub>2</sub>-Emissionen zu begrenzen. Wissenschaftler fordern, dass 60-80% der bekannten Vorräte fossiler Brennstoffe im Boden bleiben müssen, um die globale Erderwärmung unterhalb der international festgelegten Grenze von 1,5 Grad Celsius zu halten und weitere Klimaschäden zu verhindern. Weltweit rufen deshalb Bürger, Mitglieder religiöser Gruppen und Kirchen, Studenten, Unternehmer, Ärzte, Wissenschaftler, Investoren und Politiker zu Divestment auf. Mehr als 500 Institutionen weltweit haben ihre Anteile an fossilen Brennstoffunternehmen bereits abgezogen [5] – dazu zählen aktuell u.a. 58 Städte, die Rockefeller Heritage Foundation und Norwegens staatlicher Pensionsfonds.

### **LINKS / FOTOS / VIDEOS:**

1) Divestment-Antrag der Grünen & Linken für das Berliner Abgeordnetenhaus, 14. Januar 2016:  
<http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-2669.pdf>

2) Fossil Free Berlin beim Global Divestment Day in Berlin, Februar 2015:  
Video --- <https://www.youtube.com/watch?v=OZzQP4cbCiY>  
Fotos --- <http://fossilfreeberlin.org/aktionen/>

3) Großprojektion von Fossil Free Berlin auf das Rote Rathaus Berlin, Mai 2015:  
<http://gofossilfree.org/de/grossprojektion-in-berlin-weil-der-buergermeister-schweigt/>

4) Divestment-Forderung im Abschlußbericht 2015 der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“, S. 98 vom 11.11.2015:  
<http://www.parlament-berlin.de/ados/17/IIIPlen/vorgang/d17-2500.pdf>

5) Liste der rund 500 weltweiten Institutionen, die Divestment beschlossen haben:  
<http://gofossilfree.org/commitments/>

*\* Hochauflösende Bilder schicken wir Ihnen gerne auf Anfrage \**

### **PRESSEKONTAKT:**

Mathias v. Gemmingen für Fossil Free Berlin  
E-Mail --- [fossilfreeberlin@riseup.net](mailto:fossilfreeberlin@riseup.net)

FossilFreeBerlin.org  
Twitter.com/DivestBerlin  
Facebook.com/FossilFreeBerlin